

Aufwandsentschädigung an Parteien abführen

Juristisch nicht durchsetzbar



Auch die Mandatsträger der anderen Parteien im Lüdinghauser Stadtrat führen Teile ihrer Aufwandsentschädigungen an die Ortsparteien ab.

Fotos: colourbox/CDU/SPD/Grüne/ae

Von Peter Werth

LÜDINGHAUSEN. „Juristisch ist das nicht durchsetzbar“, stellt CDU-Fraktionssprecher Bernhard Möllmann fest. Gemeint ist das Abführen von Aufwandsentschädigung oder Sitzungsgeld von Ratsmitgliedern an ihre Ortsparteien. Das sorgt gerade für mächtig Ärger bei der UWG. Dort weigert sich die vierköpfige Fraktion, einen 20-Prozent-Anteil der Aufwandsentschädigung an die Partei abzuführen (WN berichteten).

Es gebe aber eine „moralische Verpflichtung“, erklärt Möllmann für seine Partei. Der komme auch jedes Rats-

mitglied nach. 25 Prozent der Aufwandsentschädigung gehe derzeit an den CDU-Kreisverband. Das Sitzungsgeld für die Fraktionssitzungen komme in Teilen der

»Davon lebt der Ortsverband. Wenn dieser Hahn zugedreht wird, ist die Partei handlungsunfähig.«

Eckart Grundmann

Fraktionskasse zugute – auch das auf freiwilliger Basis. „Aber auch daran halten

sich alle“, so der Fraktions-sprecher. Das Geld komme schließlich der Partei etwa für Wahlkämpfe wieder zugute. In solchen Zeiten könne es schon mal sein, dass das Sitzungsgeld komplett abgeführt werde. „Ich halte das für eine vernünftige Regelung“, sagt Möllmann. Probleme mit einzelnen Mandatsträgern gebe es da nicht.

Bei der SPD gehen 30 Prozent der Aufwandsentschädigung an den Ortsverein. „Das ist in der Satzung so festgeschrieben“, sagt Fraktionssprecher Michael Spiekermann-Blankertz: „Und ich bin froh, dass dabei alle mitmachen.“ Ein Teil der

Summe werde zudem an den Unterbezirk abgeführt. Nicht zuletzt diene das Geld auch dazu, Wahlkämpfe zu finanzieren.

Auch bei den Liberalen ist in der Satzung festgeschrieben, dass bestimmte Anteile der Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder an die örtliche Parteikasse überwiesen werden. „Das ist eine wichtige Säule bei der Finanzierung von Wahlkämpfen“, erklärt dazu Fraktionssprecher Gregor Schäfer. Probleme gebe es da nicht, weiß er.

Ganze 50 Prozent ihrer Aufwandsentschädigung überweisen die aktuell fünf

Grünen-Vertreter an ihre Partei, berichtet Eckart Grundmann.

„Diese Regelung ist bei uns seit 1984 festgeschrieben. Damals sind wir erstmals in den Lüdinghauser Rat eingezogen“, sagt der Fraktionssprecher. „Davon lebt der Ortsverband. Wenn dieser Hahn zugedreht wird, ist die Partei handlungsunfähig“, ist Grundmann überzeugt.

■ Derzeit erhalten Ratsmitglieder eine monatliche Aufwandsentschädigung von 197,70 Euro und je Sitzung 20,30 Euro. Fraktionsvorsitzende erhalten den zweifachen, bei Fraktionen über acht Mitglieder den dreifachen Satz. Ihre Stellvertreter bekommen den 1,5-fachen Satz.